

## **Die Keimzelle der Bundesrepublik Deutschland**

Von Sven Felix Kellerhoff 1. September 2008, 02:02 Uhr WELT ONLINE

### **Heute vor 60 Jahren konstituierte sich der Parlamentarische Rat - Väter der Verfassung zogen Lehren aus dem politisch-moralischen Absturz der Nazi-Zeit**

*Berlin* - Dem Neuanfang weichen mussten vor allem ausgestopfte Tiere. Als sich heute vor genau 60 Jahren der Parlamentarische Rat konstituierte, gab es in Bonn nur einen repräsentativen, dem feierlichen Anlass angemessenen Saal: den Lichthof des Museums Koenig. Dort standen jedoch die Großexponate der zoologischen Sammlung Koenig. Um Platz für die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung der künftigen Bundesrepublik, die zahlreichen Gäste und Journalisten zu schaffen, rückten Museumsmitarbeiter die ausgestopften Tiere beiseite und verhüllten sie. So ist es nur eine Legende, wenn auch gut erfunden, dass eine Giraffe dem Festakt aus luftiger Höhe "zugeschaut" habe.

Der Eröffnung, eingerahmt mit Musik von Johann Sebastian Bach, und den Ansprachen des damals einflussreichsten westdeutschen Ministerpräsidenten, Karl Arnold (CDU) aus Nordrhein-Westfalen, und seines hessischen Kollegen (und Sozialdemokraten) Christian Stock folgte rasch der Umzug an den Rhein. In der erst anderthalb Jahrzehnte alten Aula der Pädagogischen Akademie traten die 65 regulären Mitglieder, die von den damals zwölf Landtagen in den drei westlichen Besatzungszonen nach Proporz gewählt worden waren, sowie die fünf aufgrund des Viermächtestatus nicht stimmberechtigten Vertreter West-Berlins zusammen. Das ihnen von den alliierten Militärgouverneuren gestellte Ziel war es, innerhalb weniger Monate eine provisorische Verfassung auszuarbeiten, um einen westdeutschen Teilstaat als stabile Demokratie zu begründen.

Das war nicht wenig verlangt. Denn seit zehn Wochen schon blockierte die Rote Armee die Verkehrsverbindungen nach West-Berlin, mussten amerikanische und britische Flugzeuge die geteilte Stadt aus der Luft versorgen. Längst war im sowjetischen Sektor die Diktatur der SED etabliert, die baldige Vereinigung aller vier Besatzungszonen zu einem Nationalstaat bereits illusorisch geworden. Dennoch bedeutete die Arbeit an einer westdeutschen Verfassung für die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, fast durchweg bereits vor der NS-Zeit aktive und erfahrene Politiker, eine große Herausforderung: Vollzogen sie doch formal eine Entwicklung, die zur Teilung des Landes führte.

In diese Kerbe schlug dann auch Max Reimann, einer der beiden Kommunisten im Plenum. Er stellte umgehend den Antrag, die "Beratung über eine separate westdeutsche Verfassung" einzustellen. Stattdessen sollten, so verlangte der nordrhein-westfälische KPD-Chef, "alle demokratischen Parteien in Verbindung mit dem Deutschen Volksrat den Alliierten einen einheitlichen deutschen Vorschlag über die Bildung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik vorlegen". Angesichts der Situation - West-Berlin als Geisel der Sowjetzone und eine massive Propaganda der SED gegen freie und geheime Wahlen in ganz Berlin - war das eine vollkommen absurde Vorstellung. Zumal bereits im März 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone eine Art verfassungsgebende Versammlung getagt hatte, der Deutsche Volkskongress. Er hatte einen Ausschuss mit der Ausarbeitung einer Verfassung für eine "Deutsche Demokratische Republik" beauftragt. Die Delegierten gehörten jedoch zu mehr als zwei Dritteln der SED an.

Der daher aussichtslose Vorstoß des Kommunisten war ohnehin nur als Verzögerungsmaßnahme gedacht. Trotzdem stürmte Reimann ans Rednerpult. Obwohl er das Wort nicht erteilt bekommen hatte, protestierte er erneut gegen die Arbeit der Versammlung und gegen die "Vergewaltigung", ihm nicht das Wort zu erteilen. Es kam zu einem Tumult, als empörte Abgeordnete aufstanden und mit Rufen wie "Unverschämte" und "Raus!" auf die Aktion des KPD-Mannes reagierten. Die Vertreter der Alliierten, aus Rücksicht auf laufende Gespräche mit der Sowjetunion über West-

Berlins nur rangniedrige Vertreter der Militärgouverneure, verließen den Saal. Der KPD-Antrag wurde unmittelbar darauf abgelehnt.

Reimann konnte auch nicht die Wahl Konrad Adenauers zum Präsidenten per Akklamation verhindern. Bereits vorab hatten sich CDU, SPD und FDP intern geeinigt, wie das Präsidium des Parlamentarischen Rates besetzt werden sollte. Die Sozialdemokraten glaubten, eine taktisch kluge Wahl getroffen zu haben: Sie überließen der CDU den Präsidentenstuhl, erhielten dafür aber für ihren Fraktionsvorsitzenden im Rat, Carlo Schmid, den Vorsitz des Hauptausschusses.

"Erst viel später gestand die SPD die Wahl Adenauers als einen aus ihrer Sicht ,entscheidenden Fehler' ein", urteilt der Historiker Michael F. Feldkamp in seiner in dieser Woche erscheinenden Darstellung zum Parlamentarischen Rat (Verlag Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen, 266 S., 24,90 Euro): "Sie glaubte nämlich, dass Adenauer sich auf die Leitung der Beratungen und die Wahrnehmungen repräsentativer Pflichten zu beschränken hätte."

Das Gegenteil stellte sich ein: Die Schlüsselposition im Parlamentarischen Rat wurde für Adenauer zum Sprungbrett für seine Karriere in der Bundespolitik. Die Mittlerrolle des Präsidenten erlaubte es ihm nämlich, sich aus Streitereien zwischen den Fraktionen herauszuhalten, während er gleichzeitig in seiner eigenen Fraktion vehement Einfluss nahm. Auf's Repräsentieren jedenfalls wollte sich das zweitälteste Mitglied des Parlamentarischen Rates nicht beschränken.

In acht Monaten erarbeitete der Rat, gestützt auf vorangehende Arbeit in Herrenchiemsee sowie auf Empfehlungen der Alliierten in den Frankfurter Dokumenten, eine föderale Verfassung, die bis heute die Basis der Bundesrepublik Deutschland darstellt: das Grundgesetz. Der Parlamentarische Rat zog zahlreiche Lehren aus dem politisch-moralischen Absturz der Nazizeit: Die Grund- und Bürgerrechte stehen an der prominentesten Stelle der Verfassung und sind gegen Aufweichungen auch mit verfassungsändernder Mehrheit besonders geschützt. Die Regeln für die parlamentarische Praxis sollen destruktive Politik möglichst verhindern. Die Todesstrafe ist abgeschafft, ein Verfassungsgericht wird als höchste Kontrollinstanz eingerichtet.

Die vergangenen 59 Jahre bundesdeutscher Realität haben erwiesen, dass die Arbeit des Parlamentarischen Rates nicht hoch genug bewertet werden kann. Die größte Bestätigung bekam das Gremium jedoch am 3. Oktober 1990: Die wieder gebildeten fünf Länder auf dem Gebiet der DDR traten dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. So krönte die deutsche Einheit letztlich die Kraftanstrengung, die vor genau sechs Jahrzehnten im Lichthof des Museums Koenig in Bonn begonnen hatte.